

Pressemitteilung

Selbstermächtigung oder Rechtsstaatlichkeit?

Luxemburg, 14. Oktober 2014

In der mündlichen Verhandlung am heutigen Tage stießen die Meinungen von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) einerseits sowie der deutschen Verfassungsbeschwerdeführer andererseits hart aufeinander. Während EZB und Kommission eine diskretionäre Eingriffsbefugnis der Zentralbank in Anspruch nehmen bzw. fordern, bestehen die deutschen Verfassungsbeschwerdeführer auf eine eindeutige Kompetenzbegrenzung.

Der Verfahrensbevollmächtigte der EuropolIS-Gruppe, *Professor Kerber*, führte aus:

„Die EZB steht nicht außerhalb der Rechtsordnung. Wer auf dem Gebiet der Geldpolitik unabhängig agieren kann und keinerlei Weisungen ausgesetzt ist, darf dies nur bei einer restriktiven Auslegung seiner Kompetenz. Alles andere führt zur Fortsetzung des Selbstermächtigungsregimes der EZB. Dass die Kommission als Hüterin der Verträge dabei Pate steht, spricht für sich. Denn auch sie will ihre Kompetenzen durch unbegrenzte Auslegung ausweiten.“

Pressekontakt:
Frau N. Reza, M.A.
EuropolIS e.V.
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
sek@officemck.de
030-84314136